

Das sozialdemokratische Poincaré-Interview in richtiger Beleuchtung

Sichtlich hat, wie wir ausführlich feststellten, der Auslandsdirektor des 'Vorwärts' eine Unterredung mit Poincaré gehabt. Unter dem Eindruck dieses Interviews schickte Herr Schiff den französischen Ministerpräsidenten als wahren Friedensförderer und Freund Deutschlands, und stellte fest, gerade mit einer deutschen Unterredung würde Poincaré am besten im Sinne deutsch-französischer Verständigung arbeiten können.

Die sozialdemokratische 'Berliner Volkszeitung'

Schreibt in ihrer Nummer 105 unter der Überschrift 'Mit Poincaré der Friede?' folgendes: '... Die sozialdemokratische Partei macht alle Unterredungen, auch die dieser Art die bürgerlichen Parteien zu föhrenden, um durch eine klare Sozialdemokratie einen festen Boden gegen die Gefahren des Nationalismus und gegen die Gefahren des Krieges zu schaffen. In mehr Willkür Arbeit und Arbeiterinnen sind in Deutschland und in den anderen Ländern der sozialistischen Bewegung anzufinden, wie früher und heute. Was ist mit der einem Kriege der Imperialisten sich entgegenzusetzen kann. Das ist das höchste Ziel in diesem Zusammenhang: die Erzeugung der Waffen für den Sozialismus. Wir glauben, daß die Sozialdemokratie dabei nicht zu dem Ziel zu greifen braucht, die Hilfe Schiff, der außenpolitische Redakteur des 'Vorwärts', in der Morgenansicht des 'Vorwärts' anwendet. Die Hilfe Schiff ist während der Wahlkämpfe in Frankreich gewesen und hat sich für reichlich bewährt, das Ergebnis der Wahlen war ein Sieg der Sozialdemokratie als einen Sieg der Linken auszugeben. Diese Wahlen mußten auf die Dauer ohne Erfolg bleiben, da der einseitige Sieg Wainfels und der Rechte nicht einfach weggeschoben werden kann. So melde er sich jetzt noch einmal, indem er in einem feilenhaften Artikel eine neue These aufstellt, die hier zusammengefaßt heißt: 'Poincaré ist der Friede. Poincaré'.

'Vorwärts' nach kurz vor den französischen Wahlen auf eine Stufe mit dem deutschen Bürgerrecht gestellt wurde, Poincaré, der nach dem letzten Krieg denkwürdigen Poincaré ist heute der Friede. Genosse Schiff fähig, daß der Fortschritt der Enttarnung zum Frieden aber allem unter 'Vorwärts' nur von zwei Bedingungen abhängt. Die erste ist, daß der Friede nicht in Deutschland zu realisieren ist, sondern in Frankreich, und die zweite: Deutschland darf sich künftig nicht in allen Verhandlungen mit dem Poincaré einlassen. Da vertritt Poincaré seinen Stand. Die Erfüllung dieser zwei Bedingungen vorausgesetzt, würde dann alles zum Guten gehen.

Was ist hier gut gegangen, um die Parole 'Poincaré der Friede' von der Parole 'Poincaré ist der Friede' zu trennen? 'Vorwärts' hat sich nicht anders, als daß Poincaré ein einseitig französischer Friede ist, und daß er die einzige Bedingung ist, die in der Welt der internationalen Verständigung in den letzten Jahren nicht erfüllt werden konnte. Die zweite Bedingung ist, daß die Wahlen Genosse Schiff ein privates Gespräch mit Poincaré gehabt, aus dem er in einem Artikel seine Unterredung mitteilt, sondern nur berichtet, daß sich dieses Gespräch vor der Zeit von ihm vertretenen Auffassung über die Wahlen. Genosse Schiff hat Poincaré als Friedensarbeiter, die die Sozialdemokratie zu leisten hat, kurzum mit der Unterstützung der Bourgeoisie, wie sie Poincaré betreibt.

Wir hätten diese Art, in den Wahlkampf einzutreten, befriedigt, und wir müßten vor allem nicht, daß die Parole 'Poincaré ist der Friede' auf Schiff Millionen Menschen in Deutschland, Poincaré ist der Friede, Unternehmung wie die Arbeiterklasse in Frankreich und anderen, Poincaré oder irgendeinem anderen der internationalen Verständigung Friedensbringer leben darf. Aber die Parole 'Poincaré ist der Friede' ist ein Gebot zu sein — es, folgen wie einem — aber die Bedingungen nicht überlegen will, noch die Parole 'Poincaré ist der Friede' mit dem Krieg aus der sozialistischen Welt ausschließen. Die Werbung, die von Schiff betrieben wird, ist nicht nur ein Versuch, die sozialistische Bewegung der Arbeiterklasse in Frankreich und anderen, Poincaré oder irgendeinem anderen der internationalen Verständigung Friedensbringer leben darf. Aber die Parole 'Poincaré ist der Friede' ist ein Gebot zu sein — es, folgen wie einem — aber die Bedingungen nicht überlegen will, noch die Parole 'Poincaré ist der Friede' mit dem Krieg aus der sozialistischen Welt ausschließen. Die Werbung, die von Schiff betrieben wird, ist nicht nur ein Versuch, die sozialistische Bewegung der Arbeiterklasse in Frankreich und anderen, Poincaré oder irgendeinem anderen der internationalen Verständigung Friedensbringer leben darf.

die sozialistische Arbeiterklasse ist der Kampf für den Frieden der Kampf um den Sozialismus. ... 'Genosse die 'Berliner Volkszeitung'. Ihre außenpolitische Einstellung ist, soweit sie hier zum Ausdruck kommt, sehr realistisch und vernünftig im Sinne. Deshalb werden es die Genossen 'Vorwärts' und der Arbeiterverband sehr verstehen, daß sie es genügt hat, den Streik der Genossen Schiff-Poincaré durch den

Amerikanische China-Note bevorstehend.

Tokio versucht zu beschwichtigen.

Washington, 9. Mai. Gegenüber den Nachrichten, daß die südkoreanische Regierung Amerika um seine Vermittlung im Streit mit Japan ersuchen wolle, hat das Staatsdepartement hier zu verstehen gegeben, daß die Vereinigten Staaten die Frage der Vermittlung zwischen China und Japan nur dann erörtern können, wenn beide Parteien sie dazu auffordern würden. Der Vertreter 'New York Herald' meldet aus Washington, daß das Staatsdepartement dieser Tage eine Note an die japanische Regierung senden wird, worin es die gegenwärtige Intervention in Korea als ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Washingtoner Verträge vom Jahre 1922 in Widerspruch liegend bezeichnen wird. Amerika wird erklären, daß es eine Vermittlung dieses Streitiges, während Japan sich verpflichtet, die Unabhängigkeit und politische Selbständigkeit Chinas nicht anzuerkennen, nicht dulden werde. Die Note wird innerhalb drei Tagen abgehen werden, nachdem der amerikanische Konsul in Tokio, der gestern in Tokio angekommen ist, einen Bericht erstattet hat.

Antijapanische Stimmung in Moskau.

Moskau, 9. Mai. Vorang Vorhaben in Schantung und die Folgen dessen eingetragenen blutigen Ereignissen erregen in Moskau große Aufregung. Für den Augenblick treten der neue Konflikt mit Peking und die angebliche Abhängigkeit Moskaus von Peking in den Vordergrund. Die Presse hier führt aus: es ist sehr schwer zu erkennen, daß diese blutigen

Der kommende Balkan-Dreibund.

Italien-Türkei-Griechenland.

EP London, 9. Mai. Ueber die diplomatischen Vorgänge, die mit den italienisch-türkisch-griechischen Verhandlungen im Zusammenhang stehen, geben Telegramme aus Athen und Konstantinopel folgende Bilder: Der italienische Botschafter in der Türkei, Orfini Varoni, ist nach einem sechswöchigen Aufenthalt in Konstantinopel wieder nach Ankara abgereist. Die griechische und türkische Delegation zum Ausbruch der Bevölkerung sind ebenfalls auf dem Wege nach Ankara. Hieraus schließen die 'Times', daß es sich bei der Reise des italienischen Botschafters nicht nur um einen offiziellen Besuch der türkisch-italienischen Beziehungen, sondern um einen 'Sicherheits- und Richtungsbesuch' handelt, sondern um einen besonderen Auftrag, die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei zu regeln und auf diese Weise den Weg zu einem Abkommen vorzubereiten. Ein Dreiervertrag würde wahrscheinlich in diesem Sinne abgeschlossen werden können. Ferner sei die griechische Delegation in Ankara erwartet worden, wenn er dem Balkan wichtig fähig und seine Beziehungen der griechischen Nachbarn enthalte. Die Tatsache, daß der italienische Botschafter nach Sympati gegangen ist, obwohl er die griechische Delegation am heutigen Vormittag nach Athen zurückbringen wollte, wird als ein Zeichen dafür gedeutet, daß Italien den Balkan faktisch so weit möglich unter Dach und Fach bringen wolle.

Die Berichte über die bevorstehende Unterredung der italienisch-türkisch-griechischen Beziehungen durch einen

schillen Ton der Wahrheit zu fassen. Als freut es, man zu wissen, daß der Versuch, Poincaré als Helfer im deutschen Wahlkampf gegen rechts zu benutzen, zwar bei den unmittelbaren Nachbarn der S.P.D. zur Rechten, bei der 'Weltzeitung' und Sympathie unterliegt, dafür aber in den Kreisen der in ihrem Nationalismus fanatisch aufrichtigen linken Sozialdemokratie selbst als Wahlweise richtig charakterisiert und abgelehnt wird.

Zofioter Kriegsrat beschließt gewaltsame Befreiung der Schantung-Bahn.

Tschiu, 9. Mai. Der Kaiser hat heute die bereits angekündigten Entschlüsse einer dritten Division nach Tsingtau zu, wodurch die Zahl der japanischen Streitkräfte in Schantung auf rund 20.000 erhöht wird. Diese Divisionen werden die Schantung-Bahn zu befreien. Die japanischen Streitkräfte werden die Schantung-Bahn zu befreien. Die japanischen Streitkräfte werden die Schantung-Bahn zu befreien.

Samburg, 9. Mai.

Nach einem heute beim Reichstag gehaltenen Vortrag des Reichsministers für die Angelegenheiten des Reichs, die die deutsche Wirtschaft in Schantung zu befreien. Die japanischen Streitkräfte werden die Schantung-Bahn zu befreien. Die japanischen Streitkräfte werden die Schantung-Bahn zu befreien.

Amerikanische Kritik der französischen Stimmungsmache.

Washington, 9. Mai. Die Zeitung 'Public Ledger' nimmt in einem Leitartikel zu der französischen Kritik der amerikanischen Botschafter Sherman in Teitelberg gehaltenen Rede Stellung und erklärt, die französische Kritik ist in der politischen Lage einer Friedenspolitik und seine sich daher offenbar nach einer Unterbrechung durch die öffentliche Meinung. Aus diesem Grunde habe auch die französische Presse wieder einige der unrichtigen Aussagen der französischen Regierung über die Ereignisse ihren Ursprung in der amerikanischen Stimmung, die sie damit erzeuge, annehmen zu können.

Erklärungen Michailofskis.

Atena, 9. Mai. Minister des Äußeren Michailofski erklärte Vertretern der Journalen Gita und Ginos, die griechischen Beziehungen zu Peking und die griechischen Beziehungen zu Peking und die griechischen Beziehungen zu Peking.

Cui bono?

Adole und Dölen haben schon von jeher im rätselhaften Leben vom Hinz und vom Kunz ihr heiteres Spiel getrieben. Nicht, daß nun immer und gerade der Mensch, der den bunten Trug zum Selbstverleugern und Weltverbesserer in sich führt, sich auch des rechten Weges nicht bewußt wäre, aber es ist doch eben das Schicksal, und er muß sich fragen. Von diesen politischen Charakteren, denen ja schließlich der gesunde Menschenverstand die Antwort zu geben pflegt, soll hier nicht weiter gesprochen werden, obwohl sie sich auch diesmal wieder in spezialistischer Stärke einfinden und ihren lebendigen Sinn befragen, ohne das Herz des Reichsmaterialismus zu rühren.

Über unternehmbar ist es, daß bestimmte Reaktionen von Gruppen und Schichten, die unter einer bestimmten Parole in die Wahlkämpfe ziehen, von einer gemeinsamen Grundidee getragen werden, die durchaus ernst zu nehmen ist. Dem unternehmen Volkswähler der Wahlbewegung wird es nicht entgehen sein, daß Zusammenkünfte von wirtschaftlichen Berufsorganisationen, besonders des Mittelstandes und der Arbeiterklasse, die eigentlich der Befreiung ihrer Lage gäulen, mit dem Nufte nach einer parlamentarischen Berufsbewertung endigen. Wir haben es hier durchaus nicht mit einer oberflächlichen, von der allgemeinen Wahlweise beeinflussten Forderung zu tun, die nach den Wahlen wieder verfliegen mag. Diese Bewegung wird vielmehr im gleichen Verhältnis wachsen, wie die Zahlen steigen werden, die die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren zu fragen haben wird. Sie wird also am weitesten den Parteien der wirtschaftlichen Enttarnung parallel folgen.

So verständig die Forderungen nach berufsbewertender Vertretung in den Parlamenten zum Standpunkte der arbeitenden, nur wirtschaftlich denkenden und eingestellten Kreise immerhin sein mag, so trägt diese Forderung doch eine schwere, sozialpolitische Gefahr in sich. Die Tatsache, daß der Parlamentarismus und das mit ihm verbundene Parteisystem die Interessen der Wirtschaft nicht stark genug vertreten können, ist durchaus nicht Grund genug, um Reichstag und Unterparlament auf das Niveau einer bloßen Interessenvetretung hinabsinken zu lassen, und die Politik, das regulierende Element in dem Organismus der Staatsentwicklung, der Wirtschaft zu unterordnen. Damit nicht etwa die Wirtschaft vertreten sein soll, daß die deutschen wirtschaftlichen Berufsstände oder politischen Weltanschauung, nur von streng materiellen Ideen bewegt werden. Es ließe sich wohl leichter der Beweis führen, daß der Materialismus dem Leben des deutschen Bürgers im allgemeinen fremd ist, und daß er sich schneller in Ideologien und politischen Abstraktionen verliert, als ihm zuträglich ist. In der Verlangen nach einem berufsbewertenden Parlament ist an sich schon ein Beweis für die geringe Reife, materiell logisch denken zu können. Denn es gibt keine unlogischer Forderung als die nach einem mit zwei Prinzipien arbeitenden Parlament. Es ist nun einmal so, daß das Schicksal der Wirtschaft von dem politischen Schicksal des Staates bestimmt wird, und daß deshalb die Führung des Staates nicht in die Hände von Vertretern einzelner wirtschaftlicher Interessengruppen gleiten darf. Die Abhängigkeit des politischen Parlamentes von berufsbewertenden Wirtschaftsverbänden würde nicht nur Deutschland unfähig machen, sich den Bewegungen der Weltwirtschaft anzupassen, würde nicht nur die innerpolitische Gleichgewichtung zerstören, sie würde — bei den sich wiederholenden Krisenperioden innerhalb der Wirtschaft — das Parlament sozialpolitisch vollständig lahmlegen und aus der Regierung so eine Art Aufführer der deutschen Gesamtentwicklung machen. Wie weit ein berufsbewertendes Parlament einseitiges Parlament wirklich sozialpolitische Arbeit leisten könnte, kann man sich ungefähr vorstellen. Zwar wären die berufsbewertenden Interessengruppen vertretenen Abgeordneten gegenüber den Arbeitenden, die durch politisch-moralische Handlungen in das Parlament gewählt wurden, in der Hinsicht. Jedoch bei Problemen, in denen wirtschaftliche Interessen mit sozialpolitischen Kombinationshandlungen in Verbindung zu gehen pflegen — wie es z. B. bei der Handelsbesetzungspolitik der Fall ist — würde entweder eine gemeinsame Front aller wirtschaftlichen Vertreter der — die sozialpolitische Verantwortung tragenden — Regierung übernehmen, oder es würden sich eine Anzahl Gruppen untereinander bilden, die ihre Sonderinteressen zu wahren haben, denn sie sind